

# Sächsische Volkszeitung

Besitzpreis: Biwöchentlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Wurz. Beilage 6.00 M.  
Ausgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.85 M. Ausgabe B 6.00 M. —  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Nachtagen außer Sonn- und Feiertagen.

Anzeigen: Annahme von Gedächtnispreisen bis 10 Uhr, von Commerzienangeboten bis 11 Uhr bzw. — Preis ist zu  
Bücherei-Spaltlinie 90 M. im Restanteil 2.50 M. — Für untenstehend geschilderte, sonst durch Anno-  
zeichen aufgegebene Angelegenheiten wie die Vermögensfreiheit für die Richtigkeit des Zeuges nicht überprüft.

## Die Anklagen

Von unserem Berliner Korrespondenten

Nach und nach löschen sich die Schleier. Es ist allmählich entblößt, daß das Volk, welches die Alliierten auf Grund ihrer Auslieferungslisten von den deutschen Kämpfern, den Barbaren, Jahrzehnte über einen eigenen Völkern wie der Mittelmärkte entwöhnt. Es zieht nun in die einzelnen „Vergnügungen“, die allerdings zum Teil äußerst düstrig und grausam sind, ein, um so mehr erkennt man, wie komisch nach „Material“ gehandelt werden mußte, und wie leicht der Kulturrückstand überhaupt ist. Natürlich steht darüber hinaus die französische Auslieferungsliste. Natürlich steht hier als „Krimis“ für bejammte Freuden und Kriegsverbrechen die Bewertung wieder. „Notizbuch des Soldaten so und so“, oder auch nur „Notizbuch eines deutschen Soldaten“. Des weiteren begegnen wir bei Ausführung von Beweismitteln auf Aussagen deutscher Kämpfer, da in zahlreichen Fällen sogar auf Briefe aus dem Heimatland überwunden oder sonst geopferterweise, wie überhaupt völlig falsch bezeichnete Ausführungen in deutscher und man erahnt nicht, falls es nicht oder milder temperamentvoller Ausführungen aus Briefen von Frauen an ihre im Felde weitenden Männer Aussagen wegen Kriegsverbrechen im Felde gegen die Empfänger solche Briefe zu führen.

Das eben Gesagte gilt vornehmlich für die französische Liste. Sie ist zur Stunde noch nicht völlig im Wortlaute bekannt, aber das, was wir bis jetzt aus ihr vernommen haben, genügt, um einen Einblick in die Tendenzen der Auslieferungsforderung zu erhalten. Nun wollen wir gewiß nicht beschönigen oder verschleiern. Wir wollen auch gar nicht langen; wie das ja übrigens bei einem Heer, das zwischen acht bis zehn Millionen Mann umfasst, nicht verwunderlich ist, daß Auslieferungen verschiedenster Art, in selbst sehr üble Dinge, vorgenommen sind. Darüber braucht ja gar nicht vorher gewarnt zu werden. Menschenmaß darüber, daß es eine schreckliche Pflicht ist, welche, auf Grund einer unbestreitbaren Besiegung nachgewiesener Verbrechen zu führen; aber daß ist auch bleibt unsere einzige Anglegenheit.

Wir können nicht die Kämpfergesetze zweier Länder nach Rücksicht überantworten. Keine Nation, die aus ihrer Nationalität hört, kann solche Verordnungen aufnehmen. Es macht bei dieser Auslieferungsliste aus, ob es sich um einen Generalmarschall oder um einen Musketier, ob es sich um den Reichskanzler oder um einen Baron, beamten handelt. Deutsche dürfen nur vor deutschen Gerichten und durch deutsche Richter aburteilt werden. Das ist keine Normfrage, es ist auch keine Prestigtatze, es ist einfach eine Regel der nationalen Souveränität. Und diese beweisende Selbstbehauptung dürfen wir nun nicht anstoßen lassen, wenn wir nicht auf die Taten der Kämpfer beruhenden wollen.

Das Auslieferungsmaterial, soweit es bisher der Offizialität zu förmlich gemacht worden ist, muß noch einer näheren Erörterung vorbehalten bleiben. Da der Hauptakte handelt es sich um Personen, die sich in den ersten Kriegswochen 1914 und zwar vornehmlich in den August- und Septembertagen in Polen und Nordostdeutschland aufgehalten haben. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Schauspielerin Frau Generale und Kommandeure Wehrleute, diplomatische Beamten, Kapitäne, Schauspieler und Schauspielerinnen, deren Namen und woher sie stammen, werden nicht gemacht, aber daß auch verwundete Soldaten erkannt wurden. Natürlich leben die Kämpferdämonen noch bis jetzt bevölkerungswidrig vorgezogen zu sein von Früchten von Bürgermeistern und Oberbürgern, von Gouverneuren und Kindern, sowie von Blumen und Fahrzeugen, plötzlich und dort von Feindern erschossen worden. Der bestreite Kämpfer wird im besonderen bedauert, daß Truppen seiner Mutter „Athenia“ gesunken und verbrandet hätten. General von Helmberg wird auf Grund einer Bewertung in einem beschränkt verantwortlichen Artikel für die Erfüllung von Deinen und Meinen, daß die Sabotage von Tschirn, Plündерungen, usw. aussetzt. Gern Kaufmann Oberlein vom 121. Infanterieregiment werden nachdrücklich Verbündeten in Saint-Dié in den Vogesen aus dem Jahre 1914 zur Last gelegt, und als Beweis wird ein eigener Artikel des „Münchner Nachrichten“ angeführt. Natürlich soll es heißen „Münchner Nachrichten“. Den General von Helmberg, der in den Vogesen kommandierte, wird die Erfüllung eines Werkes von 75 Jahren, der aus dem Kaiser hat, die Verzweiflung von zahlreichen Frauen, die Erfüllung des Bürgermeisters und Oberbürgern von Altmont zur Last gelegt, und es wird ihm weiter vorausgesetzt, seine Gefangenen zu machen und Südsudan und Dörfer einzunehmen. Der berühmte Professor Sulzky wird des Wehrdienstes am Verhandlungen im August 1914 in den Vogesen an-

gelagt. Rohrsteine werden wegen „schändigen Verhaltens“ an die „Verwundeten“ angefordert. Schwere Anklagen werden gegen den General Klunk erhoben, der vom Pfeife herab befohlen hätte, Frauen und Kinder zwischen erschossen werden, die ganze Nation nach vorzubringen. Es wird des weiteren angeführt, General Klunk habe 200 Meter von dem Orte, wo 15 Soldaten erschossen wurden, bei Tisch gesessen und habe befohlen, keiner zu essen, wenn er kein Wasserglas habe. Den Generalen von Haußen und Kolthoff, von Montgros und andere Persönlichkeiten werden nach schwierigen Verdächtigungen, Verbündeten, Erfüllungen, sowie feindliche „Taten“, und zwar vornehmlich aus dem August 1914 zur Last gelegt.

Wie müssen bei alledem immer wieder sagen erkläre, daß es sich hier vorwiegend lediglich um Aufklärung um Auslieferungen handelt, deren Ausweis erst noch zu erbringen ist. Das durch die anzuzeigenden Auslieferungsmaterial gebotene „Material“ ist insbesondere, so wie es ist, vom Reichsjustizminister dem Reichspräsidenten zur Beurteilung und gegebenenfalls zur weiteren Bekanntmachung unter die Staatsanwaltschaft übermittelt worden. Auch wir setzen offiziell die Deutsche Republik der Welt, der Welt und dem Weltmarkt, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Wir sind allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an dem unter Friedensrichter, daß es sich um Wahrheit handelt, daß es möglichst wenig ergebnisse. Aber nicht allein das manches Ministerium zwischen Sachsen und Thüringen in Sachsen an unserer nationalen Auslieferung, sowohl nach wie die anderen zu betonende Tatfrage, daß uns nach dem Vertrag des Friedensvertrages eine der Höhe nach noch wichtigeren Rolle für Sachsen und Thüringen übernommen werden, ohne daß wir dafür auch nur irgend einen positiven Wert erzielen. Als eine gewisse Art Verhältnisse, die entsprechende Werte nicht zur Bekämpfung stehen, weil diese in steigendem Maße für verhindern, ist der überwiegendste Nachteil des Schiedsgerichts, an

Dokumente fest, daß Deutschland im Laufe des letzten Dezembres 10 450 000 Tonnen Kohle produziert hat. Statt dessen ist in dem Protokoll vom 20. August ausgeschriebenen Grundsätzen hätte Deutschland also an die alliierten Mächte 2 500 000 Tonnen liefern müssen, während es nur 600 000 Tonnen geliefert hat. Die im Monat Januar produzierte Menge ist wesentlich geringer gewesen, und der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kohlenteilkommission in Eben hat amtlich erklärt, daß Deutschland nicht mehr als 750 000 Tonnen werde liefern können. Aber selbst diese Menge ist bis jetzt niemals geliefert worden.

Die Gründe, die man vorgebracht hat, um die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung zu rechtfertigen und die auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Staates hinweisen, können nicht als ethisch haltbar betrachtet werden gegenüber der Tatsache, daß Deutschland sich selbst eine Quersubstanz zurückbehält, die ethisch höher ist als die, die sie zur Ausübung ihrer Verpflichtungen benötigt. 60 Millionen Deutsche erhalten jährlich monatlich 8 Millionen Tonnen Kohle, während Frankreich seine Bevölkerung von 40 Millionen nur etwa 3 250 000 Tonnen monatlich erhält. Welches Recht kann Deutschland ausüben, um günstiger gerichtet zu sein als Frankreich, dessen Lage lediglich auf die innerstaatlichen Verhältnisse zurückzuführen ist, die durch die deutsche Überrestellung ohne militärische Notwendigkeit und mit dem bestimmt ziel, die französischen Industrien zu ruinieren, erfochten worden sind. Die französische Regierung zu ruinieren, lehnten worden sind. Die französische Regierung kann nicht zulassen, daß die deutsche Regierung in Richtung ihrer Verpflichtungen nad, obwohl sie dazu imstande wäre, die Lieferungen nicht ausführt, an denen Frankreich ein spezielles Interesse hat. Sie verlangt, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen ausführt und ist entschlossen, die Rechte der französischen Ratschule geltend zu machen, wie durch den Friedensvertrag sancioniert sind.

Unter Bezugnahme auf § 429 des Friedensvertrages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages nicht getreulich erfüllt hat, die Fristen für die Rückumwandlung des besetzten Gebietes noch nicht zu laufen beginnen haben, ferner, wenn es am 1. März 1920 in weiterer abfolgender Rücksichtnahme seiner Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch zufließende, bereits fällige Lieferungen sowie das völkerrechtsgesetzliche gefordert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Spezial- und Vergeltungsmaßnahmen zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für folche Fälle der Vertrag bestimmt vor sieht. Die französische Regierung will sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen wird, andere Maßregeln gegen Deutschland zu ergründen, wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingung für das Zustitutiv des Friedensvertrages voraussehen haben.

### Die Stellung der deutschen Regierung

Hierzu wird von zuständiger Seite bemerkt: Die Kohlennote vom 8. Februar geht aus vom französischen Ministerpräsidenten und ist gerichtet an den deutschen Gesundheitsminister. Zur Behandlung der Kohlentiefen aus dem Friedensvertrag ist lediglich der Wiedergutmachungsmaßnahmen verhältnis. Der französische Ministerpräsident hat sich mit dieser Note Befugnisse angemahnt, die ihm nicht zusteht. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die Note von ungültigen Vorwürfungen ausgeht und zu falschen Schlussfolgerungen geführt.

Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Vertrag vom 20. August 1919 sind in der Note jedoch unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohlen an die alliierten und assoziierten Mächte zugleich beauftragt zu wollen. Bestimzte Mengen Kohlen zu liefern, hat Deutschland in dem Protokoll nicht verordnet. Als Voraussetzung für die durchaus freiwillige Vorlieferung von Kohle hat das durchaus freiwillige Vorlieferung von Kohle gestellt, daß Deutschland auf der Grundlage einer gesamten deutschen Erzeugung von 9 Millionen Tonnen Steinkohle im Monat 1 600 000 Tonnen monatlich an die Entente liefern soll, und zwar bis zum 30. April 1920. Dies ist eine einseitige Erklärung der alliierten Mächte, mit welcher eine Einräumung der im Friedensvertrag an sich vorgesehenen Gefangenenseite bis zum 30. April sicherstellt werden sollte. Der Wiedergutmachungsmaßnahmen hat die Erklärung der deutschen Regierung gegenüber erst durch die Note vom 30. Januar 1920 bestätigt. Da nach § 10 des Anhangs 5 zu Teil 8 des Friedensvertrages die Autorisierung seitens des Wiedergutmachungsmaßnahmen und eine bestimte Zeitraumabschluß festgelegte Aufzählung besteht, so ist eine Verpflichtung zur Lieferung bestimter Mengen Kohle nicht bestellt. Die bisherigen Kohlebelieferungen sind als durchaus freiwillige zu betrachten und es kann deshalb auch kein Vorwurf gegen Deutschland daraus hergestellt werden, daß bestimte Regeln nicht erfüllt worden sind. Sollte Deutschland diese freiwilligen Pflichten nicht übernehmen, so hätte es die bisher geleisteten Kohlen einem ehemaligen schwelbenden Wirtschaftssubjekt zuließen können. Statt dessen hat es sich dieser Kohlemeinzen entzogen, um sie zur Wiedergutmachung zu verwenden. Schließlich ist auch beurteilbar, daß der Hinweis auf die Note von 8. Februar, die nach dem Vertrag nur im Falle vorläufiger Nichterfüllung der Verpflichtungen in Angang kommen können, sowie auch eine Aenderung des Artikels 429 des Friedensvertrages, der die Kammarastraten für die bestellten Gebiete regelt, nicht verständlich erscheint. Auch für die Beurteilung dieser Fragen ist nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsmaßnahmen zuständig. Es ist nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsmaßnahmen Amtler finden könnte, derartige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

### Rosa-Marina

Roman von Melati van Java  
Aus dem holländischen übersetzt von Leo Tepe van Heemstede

(40. Fortsetzung)

Zunächst mußte ich allerdings an dem Kaffeehaus zu tun und sprach dabei ihre großen Ohren.

„Doctor Adriën, dies bemerkend, befahl ihr aber, um sie aus dem Zimmer zu entfernen, vor dem Sie sich eine Paste zu bereiten.“ „Eine nette Belehrung!“ Der Doctor hat leicht bestellt und fragt nicht, wieso er jetzt ist nach mir eine Paste zu machen. Das ist ein englisches Gericht, Herr Frank, und muss drei Stunden lang im Ofen stehen.“

„Na, macht dann nur Schalen und Gier, und damit gut.“ „Wenn Sie mich aus dem Zimmer haben wollen, warum sagen Sie es nicht gerade heraus? Ich bin gar nicht ungern und müsste mich nicht in andersmanns Sachen, wenn Sie sich das nur merken wollen, und Rosa ist heute morgen weggeblieben, das wollte ich Ihnen auch noch sagen, und ich halte es nicht länger mehr bei Ihnen aus. Den morgens steht bis abends zwei mal man sich abwaschen, keinen Augenblick hat man Ruhe, und dann noch ein unheimliches Gefühl dazu und andre Worte. Da haben es die Haushälterinnen in Amsterdam tatsächlich besser, fragen Sie mir aber Herrn Reissen, ich spielt nicht länger mit.“

„Gibt die Schuhknochenleiter fertig?“ „Nest wieder Emelie! Der Doctor weiß selbst nicht, was er will.“

Der Doctor blieb mit seinen kalten, strengen Augen die Hausfrau an und erholte sie so lange mit seinem Blick, bis sie sich in gleicher Stirnlauter Weise wandte, die Türe laut hinter sich zuwendend. „Emelie ist finde, daß deine Haushälterin Fortschritte und Haushalte gemacht hat“, sagte Frank lächelnd.

„Sie?“

„Fortschritte in liebenswürdiger Veredeltheit, Fortschritte in bestechender Erfüllung.“

### Millerand zur Auslieferung

**Grenz.** 11. Februar. Nach Pariser Meldungen nahm Millerand im Kammerausschuß für Auswärtiges am Montag nochmals Stellung zur Auslieferungsfrage. Er betonte das moralische Recht der Alliierten, Sühne für die deutschen Verbrechen ohne Ansehen der Person und des Standes des Beschuldigten zu verlangen. Man werde Verhandlungen mit Deutschland nicht ablehnen. Der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit Deutschland davon überzeugen würden, daß die Projekte gegen die Schuldigen unvermeidlich seien. Auf die Projekte zu verzichten, bedrohten die Alliierten in seinem Falle. Die einstündigen Ausschreibungen des Ministers sandten keinen Widerstreit. Die Sozialisten dagegen ihre Interpellationsanfragen in der Auslieferungsfrage zurück.

**Bern.** 11. Februar. Millerand hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß infolge der Nichtbefoligung des Friedensvertrages von Paris dieses Datum, von dem an die Freiheit zur Römnung der Rheinländer bemessen ist, auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wurde.

### Wilson gegen die Auslieferung

**Paris.** 11. Februar. Nach einer Radiomeldung aus Washington soll Präsident Wilson die Absicht haben, dem deutschen Kaiserprinzen auf sein Telegramm zu antworten. Im Weißen Hause glaubt man, daß Wilson die Gelegenheit benutzen wird, um vielleicht zu erklären, daß er sich energisch jeder Handlung widersetzen werde, die die Entente zu verhindern.

**Wilson gegen die Auslieferung**

**Paris.** 11. Februar. Nach einer Radiomeldung aus Washington soll Präsident Wilson die Absicht haben, dem deutschen Kaiserprinzen auf sein Telegramm zu antworten. Im Weißen Hause glaubt man, daß Wilson die Gelegenheit benutzen wird, um vielleicht zu erklären, daß er sich energisch jeder Handlung widersetzen werde, die die Entente zu verhindern.

### Wichtigste Beschlüsse des Reichsparteitages

**Bauern und Arbeiter.** Aus Vertretern der Landwirtschaft, der Arbeiter- und Beamtenchaft ist ein Ausschuß zu bilden, der die Aufgabe haben soll, die gemeinsamen volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Probleme zu erörtern und dem Parteivorstand Vorschläge zu präsentieren. Insbesondere sollen sofort Werbe- und Ausstärkungsausschüsse in allen Ländern und Provinzen errichtet werden, die die Aufgabe haben, in Stadt und Land auf die Zentrumswähler ausreichend zu wirken und sie in das Bemühen der vorliegenden politischen Fragen der Gegenwart einzuführen.

### Zur Auslieferung des Kaisers

**Rotterdam.** 11. Februar. „Morning Post“ meldet aus Paris: An der Auslieferungsforderung am Holland in Sachen der Aburteilung Wilhelms II. ist die Entscheidung am Montag gefallen. Einstimmig hat der Hohe Rat die Aufrechterhaltung der Auslieferungsforderung beschlossen. Nach dem „Evening Standard“ wird in der neuen Note an Holland an das Gerechtigkeitsgericht (1) der holländischen Regierung appelliert. Der Streitfall soll stell in den Grenzen des Rechts gehalten werden, und man wird versuchen, die holländische Regierung zu überzeugen, daß die Alliierten das Recht haben, der Personalität Wilhelms II. im Interesse des Weltfriedens zu schaffen.

**London.** 11. Februar. Dem „Tempo“ zufolge kostet die Anklage gegen Wilhelm II. auf mehr als 30 Einzelgebühren. Die Anklage wegen Mordes wurde nicht erhoben, aber die Anklage auf Ausforderung zum Mord von Bürgervögeln. Die Anklage schrift gegen den Kaiser umfaßt 100 eng beschriebene Blätterseiten.

### Der feste Standpunkt der preußischen Regierung

**Berlin.** 11. Februar. An die preußische Staatsregierung gelangen lauernd aus allen Teilen des Landes und aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung Bitten, sich energisch gegen das Auslieferungsbedürfnis der Entente einzustehen. Die Stellung der preußischen Regierung ist festgelegt durch die Erklärung, die der preußische Minister des Innern am 5. Februar im Reichsrat abgegeben hat und die von diesem angenommen worden ist. Diese Erklärung lautet: Der Reichsrat, als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder, befindet sich zu dem heute auszugebenden Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung Deutscher an die Entente. Der Reichsrat, weit entfernt, geistig strohbar Taten einer ordentlichen Unterwerfung und Abwendung vor deutschem Geschicht entzieht zu wollen, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Humiliation der Entente, ihre Hunderte deutscher Männer auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er selbst mit der Reichsregierung das Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er selbst mit der Reichsregierung das Bevölkerung der Entente für unerlässlich. Der Reichsrat appelliert gegen die dem deutschen Volke angelane Schnauze an den Gerechtigkeitsgeist der Welt. Es hat sich inzwischen nichts ergeben, was die preußische Regierung lebewegen könnte, von diesem Standpunkt abzugehn.

**Breslau.** 11. Februar. Oberpräsident Philipp brachte, zunächst im Namen des Regierungspräsidenten und des Polizeipräsidenten von Breslau, dem Minister des Innern zur Weiterleitung an die Reichsregierung eine Entschließung der höheren, mittleren und unteren Beamten und Angestellten ihrer Behörden zur Kenntnis. Die genannten Beamten lehnen jede Mitwirkung bei der Durchführung des Auslieferungsbeschlusses ab, da keine Dienstpflicht sie zu erfordern handeln zwangen kann.

### Die deutsche Gegenliste

**Berlin.** 11. Februar. Wie das „G. T.“ von zuvorlicher amtlicher Stelle erfährt, ist die Liste der von der deutschen Regierung wegen Volksfeindschaft und unmenschlicher Handlungen beschuldigten Angehörigen der Ententemächte bereits fertiggestellt und gebrucht. Ihre Bekanntmachung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

### Erzberger über die Auslieferungsfrage

**Berlin.** 11. Februar. Bei einer dem Vertreter der „Chicago Tribune“ gewidmeten Unterredung äußerte sich der Reichsfinanzminister Erzberger über die Auslieferungsfrage: Wie für die heilige Regierung, so wird es für jede nur denkbare andere Regierung in Deutschland in dieser Frage nur ein einziges Unmöglich geben. Keine Regierung kann gegen den geschlossenen Willen eines ganzen Volkes irgendwelche Maßnahmen durchführen. Von hat uns einen Frieden aufgezwungen von solchen Schwere. Selbst das aufs ängstigendste durch den Krieg erschöpft, haben wir trotzdem die wirtschaftlichen Leistungen, so barbarisch hart sie sind, in einem Umfang bisher durchgeführt, der die Welt ihn auf sich nehmen möchte. Selbst das aufs ängstigendste durch den Krieg erschöpft, haben wir trotzdem die wirtschaftlichen Leistungen, so barbarisch hart sie sind, in einem Umfang bisher durchgeführt, der die Welt ihn auf sich nehmen möchte. Vertreter doch den Wert unserer wirtschaftlichen Leistungen an die Entente nicht weniger als 44 Milliarden Pf. In der Auslieferungsfrage liegt eine Forderung vor, die einfach nicht erfüllt werden kann. Es wird also die formelle Möglichkeit zum Vor gehen fehlen. Wie haben uns bereit erklärt, daß, die Personen, denen wirkliche Kriegsverbrechen nachgewiesen werden können, vor einem Gerichtshof zur Verantwortung zu stellen und haben der Entente dabei die Möglichkeit gegeben, sie von der vollkommenen Objektivität in der Behandlung dieser Angelegenheit zu überzeugen. Wenn die Entente sich darauf nicht einlassen will, so muß sie den Anschluß erneut, als ob es ihr überhaupt nicht so sehr um ein objektives Urteil in der Schuldfrage, als vielmehr um eine Befriedigung wahrlosen Rachegefühle zu tun sei. Das Verlangen der Entente richtet sich gegen alles hergeholt Recht. Es ist keine Gegenzeitigkeit geboten, keine objektive Schuldbeleidigung verübt. Das aber widerspricht dem Rechtsempfinden und dem Rechtsbewußtsein aller zivilisierten Nationen.

### Lloyd George über Mußland

**London.** 11. Februar. (Reuters.) Im Unterausschus behandelt Lloyd George bei der Versprechend der Adressen auf die Thronrede in der Haupthalle Fragen innerer Art und wies darauf hin, daß das Budget für 1919/20 ganzlich ausfallen werde. Er beschreibt sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf Mußland, verteidigte die Politik der russischen Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wieder hergestellt werden könne, bevor die russischen Hilfsquellen wieder zur Verfügung ständen. Es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Waffen gewalt vernichtet werden kann. Er beschreite seine militärischen Erfolge des Bolschewismus weder im Westen noch im östlichen Osten. Unter Bezug auf den Vorschlag des Friedensschlusses mit den Bolschewisten widerholte Lloyd George, bevor die Regierung, die Russland vertrate, zu retten, was einen beruhigenden Eindruck haben würde, die Lage in Irland, wo die feigsten und verächtlichsten Morde begangen wurden, sagte Lloyd George. Kann unter diesen Umständen die englische Truppe aus Irland zurückkehren werden? So lange die Regierung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre Pflicht tun.

**Amsterdam.** 11. Februar. Die „Times“ schreibt zur Rede Lloyd Georges, die Nation habe aufgehört, ihm und seinen Anhängern Vertrauen entgegenzubringen. Es sei auch keinem verdeckten Verstandeswiderrichtung gegenüber zu entgegenzubringen. So sehr auch Asquith, so wolle man ihn doch wieder im Parlament sehen und hoffe, daß die Wähler von Paisley diese offensichtlich geplante Hoffnung nicht enttäuschen. Die Neuerungen des Platzes sind auffallend, wenn man bedenkt, daß der Fall Asquith und seine Erziehung durch Lloyd George im November 1916 hauptsächlich das Werk der von den „Times“ geführten Schule war.

**Amsterdam.** 11. Februar. Der „Telegraaf“ meldet: Nach der Debatte im Unterausschus über die Adressen gab der Minister des Äußeren Lord Curzon eine ausführliche Erklärung über die Lage im Mußland, worin er über den Völkerbund, die Haltung Amerikas und den Vertrag mit der Türkei sprach. Er teilte mit, daß der Brief Greys betreffend die Haltung Amerikas gegenüber dem Völkerbund nicht von der Regierung veranlaßt worden sei. Lord Curzon sagte jedoch, daß er Lord Grey für seine Aktion dankbar sei. Er sei mit der größten Besorgnis über die Lage im Osten erfüllt. Die Überleistung mit den alliierten Mächten zur Beendigung des Krieges sei in ihrem heutigen sehr enttäuschend und hinderlich gewesen, und ohne ein abprechendes Urteil zu fällen, legt er jedoch den Nachdruck darauf, daß dies eine Warnung gegen Verträge sei, in Zukunft ähnliche Fragen von neuem aufzutragen zu bringen. Ein enges Zusammenarbeiten mit den Alliierten, vor allem mit Frankreich, ist notwendig, da England und Frankreich die natürlichen Wandler des Schießalls im nahen Osten seien. Lord Curzon sprach die Hermina aus, daß keine Aktion von einer der interessierten Parteien machen werden sollte, die der östlichen Siedlung des brandenburgischen Zusammenwirks, das alle befehlen müsse, schaden könnte.

### Der Ententevertreter in Danzig

**Tanzig.** 11. Februar. Heute vormittag traf der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig Reginald Powis, von Paris kommend, hier ein. Oberbürgermeister Schuhmrich ihm anwesender Stadt vollkommen. Der Oberkommissar antwortete in deutscher Sprache und gab seiner großen Freude Ausdruck, im Antritt der Alliierten Mächte die Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Er hob hervor, daß seine Bemühungen nur dann den gewünschten Erfolg haben könnten, wenn er auch die wohlwollende Unterstützung eines jenen Vägers erhoffen könnte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Volk in gemeinsamer Arbeit seine ganze Energie und Tapferkeit allein dem friedlichen Amt seiner wirtschaftlichen Entwicklung widmet, die Zukunft einen neuen und glorreichen Betriebshafen in der Danziger Geschichte eröffnen werde.

über die Eigentümlichkeiten des Doktor, der seine Sprechstunde gerade während des zweiten Frühstücks abhielt, wodurch sich dieses unendlich in die Länge zog.

Beim Eintritt ihres Herrn sahlich sie still davon; der Doktor nahm seine Serviette, bediente sich und sah Frank fragend an, der darauf seine Erzählung fortsetzte. Sein Untel nickte ihm und wieder bestätigte mit dem Kopfe.

„Ein braves Kindchen, ein süßliches Weibchen! Junge, du warst dem lieben Gott wohl auf beiden Seiten danzen, daß dir beide Türe Laune eine solche Freude ausfüllt hat. Da ist kein Elend und Elzgrätz darin, und wenn du diese Eigentümlichkeiten zu verbreiten weißt, dann ist dir der riaue, den von Glück wünschen kann. Ich habe es dir ja gesagt, die Seele ist nicht früher oder später, das hast du jetzt erfahren.“

„Weil es nicht länger mehr passte, mir als Modell zu gehalten.“

„Pah! Ihr das nicht? So? Das gefällt mir wieder an ihr.“

„Aber erzähle mir alles.“

„Ach, Untel, es ist eine lange Geschichte, und ich bin nie ein Freund von vielen Wörtern gewesen, aber ich sage gehörig in der Sache, und deshalb kommen ich zu dir. Du hast mich in so eindringlicher Weise gewarnt, ehe ich den dummen Streich beginne, und nun weiß ich nämlich, der mir raten könnte.“

„Gi, mein Reiter, du hast entschieden Fortschritte gemacht: zu bekennt deine Schuld und sagst um Rat, lauter Konventionelle, banale Dinge, aber nach meiner altrömischen Auffassung der Anfang der Weisheit.“

„Na, Leidenschaft, du hast mich ganz Ohr.“

„Kavalier erzählte in aller Eile, was zwischen ihm und Rose-Marie vorgefallen war, von ihrem Aufenthalt in der Residenz

Montag den 16. Februar 1920

## Sächsische Volkszeitung

Nr. 28, Seite 3

Norwegen abgetreten wird. Ein Spruch erhob. Dätschlerin erklärte, Dänemark habe wichtige Interessen in Spitzbergen und denkt nicht daran, eine Regelung anzunehmen, an deren Zustandekommen es nicht mitwirken konnte.

## Die türkische Frage

**London**, 15. Februar. Die Londoner Konferenz hat am 14. b. M. gründlich beschlossen, daß der Sultan in Konstantinopel bleibt, doch jedoch eine starke Militär- und Marinekontrolle in den Dardanellen erichtet wird. Die Entscheidung hierüber soll in einer Konferenz am 16. b. M. getroffen werden, an der noch teilnimmt. — Wie die Sonderberichterstatter der Pariser Blätter aus London mitteilten, sind die Grenzen der europäischen Türkei noch nicht festgesetzt worden. Von der osmanischen Türe habe man noch nicht gesprochen, doch denkt man, daß sie nicht geteilt werden könne.

## Rücktritt Lansing's

**Paris**, 14. Februar. Meldungen aus Washington zufolge ist Staatssekretär des Amerikaners Lansing zurückgetreten. Dem Rücktritt Lansing ist ein heftiger Briefwechsel mit Wilson vorausgegangen. Seit dem 7. Januar mache der Präsident dem Staatssekretär keine Vorwürfe, seine Knechtigkeit bemüht zu haben, um sich seine Präsidentschaftsauctorität anzueignen. In einem weiteren Brief erklärt Wilson, als er noch in Paris gewesen sei, habe er herausgestellt, daß Lansing seine Anweisungen aus Nachdrücke mit wachsendem Abscheu angenommen habe. Bei keiner Rücksicht nach Washington sei er lieb entgegengewesen, feststellen zu müssen, daß Lansing verachtet habe, seinem Meister vorzukommen. In einem Ammorthschreiben erklärt Lansing, seit Januar habe er gewußt, daß Wilson nicht mehr bereit gewesen sei, seine Ansicht über alle Fragen, welche die Pariser Verhandlungen betrifft, entsprechend umzusetzen. Voll wird zum eisernen Willigen Staatssekretär ernannt werden.

## Wilson gegen das Adria-Kompromiß

**Paris**, 15. Februar. Wie Berliner dem "Echo de Paris" und Londoner meint, in gestern ein unerwartetes Ereignis eingetreten. Präsident Wilson hat den Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens durch Vermittlung des Reichskanzlers Walde in Paris gestern vormittag mitteilen lassen, daß er dem Kompromiß in der Adriafrage nicht zustimmen könne. Er halte an seinem Standpunkt, den er im Dezember letzten Jahres eingenommen habe, fest.

## Eine ungarische Note über Westungarn

**Wien**, 15. Februar. Der ungarische Gesandte Graf überreichte dem Staatssekretär eine Note, in der es heißt: Die im Friedensvertrag von Saint-Germain ausgewiesene und im Entwurf des anglo-amerikanischen Friedensvertrages übernommene Vermutung, wonach ein Streifen Westungarns an die deutsch-österreichische Republik angegliedert werden soll, würde im Falle der Durchführung ein Hindernis Element der Freundschaft zwischen Österreich und Ungarn sein. Die ungarische Regierung macht daher der österreichischen Regierung öffentlich den Vorschlag, daß die Kräfte des künftigen Angehörigen des einstigen Teiles von Westungarn auf neuer Basis ihr gemeinsam einen unabhängigen Staat errichten mögen. Die ungarische Regierung ist bereit, auf die Geländemarke der historischen Rechte zu verzichten, die Entscheidung der Kräfte der freien Entscheidung der Bevölkerung des genannten Gebietes zu überlassen. Ungarn ist bereit, der deutschen Bevölkerung Westungarns weitgehende Autonomie zu gewähren, die ihnen den deutsch-österreichischen Charakter für alle Reiten Sicherstellen gewährt ist. Gleichlich ist Ungarn bereit, das künftige westungarische Reich zu Österreich und Ungarn auf der Grundlage des vollen, freien gegenseitigen Handelsvertrages einzurichten. Sie fordert daher die österreichische Regierung möglichst ein, Verhandlungen auf dieser ganz neuen Basis einzuleiten und schlägt sich vor, im Laufe der Verhandlungen über ihre Vorstellungen weitere eingehende Ausführungen zu geben.

**Wien**, 15. Februar. Die Blätter veröffentlichten zu der ungarischen Note aus Wien unterrichten darüber einen Kommentar, worin es heißt, daß Westungarn auch bei der Durchführung des Friedensvertrags von Saint-Germain im wesentlichen Autonomie erhalten würde. Wenn Ungarn Westungarn freigäbe, so sei zu bemerken, daß der Friedensvertrag für Istrienheitlich ein westungarisches Zusammenspiel geheiße. Dies könnte aber nicht Ungarn und Österreich allein umfassen. Österreich sei auch auf die nach westungarischer Zusammenarbeit mit Südtirolen und der Tschechoslowakei anzuwenden. Österreich müsse daher abtreten. Sonderabkommen mit Ungarn zu treffen, welche dem Kreislauf allgemeiner Zusammenarbeit nicht entsprechen. Am übrigen bestrebt der Mensch noch guter und freundlicher Weise Verhandlungen mit dem ungarischen Volle.

## Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag.

Nach dem bisherigen Stande der Verhandlungen besteht Aussicht, daß der Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz mit dreimonatiger Kündigungsfrist verlängert wird. Abänderungen des Vertrages scheinen einzuwilligen, weder von deutscher noch von schweizerischer Seite in Aussicht genommen zu sein. Das bisherige Handelsvertragsverhältnis würde dadurch mindestens bis zum Juli d. J. verlängert werden.

## Der Verkehr mit Danzig

**Danzig**, 15. Februar. Die polnische Regierung hat ihre Zustimmung erteilt, daß in der Zeit vom 15.—29. Februar auf der Strecke Berlin—Konitz—Dirschau—Danzig ein Verkehr in jeder Richtung verkehrt. Es genügt ein Beweis der Reisen, eine Bekleidung der Ortspolizei, daß der Betreibende zur Danziger Jahrmärkte reist. Die Prüfung der Reisen erfolgt auf der Fahrt zwischen Konitz und Dirschau. — Wie das Reichspostministerium der Leitung der Danziger Jahrmärkte mitteilt, wird der Verkehr aus dem Deutschen Reich mit Danzig wieder aufgenommen. Reisende, die mit der Post nach Danzig geladen werden, müssen die Aufsicht tragen: „Magst du Danziger Jahrmärkte.“

## Danzigs Protest gegen die Auslieferung

**Danzig**, 15. Februar. Die Stadtverordnetenversammlung richtete ein von den Stadtverordnetenvorständen und den Vorsitzenden sämtlicher Institutionen der Stadtverordneten-Versammlung unterzeichnetes Schreiben an den englischen Oberkommissar Sir Reginald Tower, in dem darum ersucht wird, daß er dafür eintrete, daß der Danziger Oberbürgermeister Sahn und die übrigen in der Auslieferungsliste etwa genannten Danziger, da sie doch nicht mehr deutsche Reichsangehörige seien und auch nicht mehr der deutschen Reichsregierung unterstehen, nicht ausgeliefert werden. Die Auslieferungsverhältnisse dieser Männer sei staatsrechtlich ungültig und stiere im Widerspruch zu den Artikeln 228 und 105 des Friedensvertrages.

## Preußische Beamte in Nordjütland

Nachdem die Entscheidung in der ersten Zone in Nordjütland gefallen ist, hat die dänische Regierung angefragt, ob ein zeitweiliges Verbleiben preußischer Beamten in Nordjütland bis zur endgültigen Übernahme durch die dänische Verwaltung möglich wäre. Die preußische Regierung will der dänischen Regierung insofern entgegenkommen, als Dänemark zu einer einheitlichen Regelung aller alten und den Beamten berührenden Fragen bereit ist. Alle Beamten, die nicht in Nordjütland verbleiben wollen, werden anderwohin untergebracht. Den Anschein nach will Dänemark die neue Provinz Süd-Jütland erst übernehmen, wenn auch die Abstimmung in der zweiten Zone erfolgt ist und alle Grenzfragen mit Deutschland in o. Ausmaß an der Grenzlinie beider Zonen geregelt sind. Die Gewalte wird die Verwaltung also vorläufig noch einige Monate führen.

## Dänische Besetzung

**Berlin**, 16. Februar. Über dänische Wahlbevölkerung im Schleswig bringen verschiedene Blätter Berichtigungen und Nachrichten, wonach die Dänen planen, in der zweiten Abstimmungszone in den

Lebten Wochen vor der Abstimmung eine gewaltige Agitation in Wort und Bild durchzuführen. Durch den Sturm soll auf das Volk gewirkt werden mit Bildern aus dem dänischen Handel, der Landwirtschaft und der Landwirtschaft.

## Kundgebung für die gefährdeten Grenzbezirke

**Berlin**, 15. Februar. Die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin für die Volksabstimmungsarbeit des Deutschen Schubbundes für Grenz- und Auslandssiedlungsarbeit veranstaltet heute für sämtliche gehabten Grenzbezirke in 22 der nächsten Säle Berlins gewaltige Kundgebungen. Abgedruckt alter Parteien und jüngste Männer aus den betroffenen Landesteilen waren die Reden des Tages. In allen Versammlungen wurde zum Segen eine Entschließung angenommen, in der es u. a. hieß: Wie gedenkt in diesem Sommer der deutschen Brüder und Schwestern, die durch den sogenannten Friedensvertrag unter Fremdherrschaft gekommen sind. Angesichts der schicksalhaften Entscheidung, ob Teile des mehrmalschen Schleswig-Holsteins, ob Oberschlesien, ob Teile von Ost- und Westpreußen unter Fremdherrschaft kommen sollen, abloben wir, mit aller Kraft dahin zu wünschen, daß deutshes Land deutsch bleibt. Wir rufen alle in dem Abstimmungsgebiet geborenen Frauen und Männer auf, sich bereit zu machen, an den bevorstehenden Abstimmungen teilzunehmen. Reitet die Heimat, rettet die deutschen Grenzlande!

Arbeitsgemeinschaften finden im ganzen Reich statt.

## Bac Auslieferung der deutschen Schiffe

**Berlin**, 14. Februar. Vor einigen Tagen hat die kleinste Wiederaufstellungskommission des deutschen Friedensstaatsausschusses eine anhaltende Note zugeschickt, um die Ausführung der Anlage 3 im Artikel 236 des Friedensvertrages in die Wege zu leiten. In dieser sind die Bestimmungen über die Auslieferung der Handels-, Frachtschiff- und Passagierschiffsschiffe und die Blockadeaufsicht enthalten. Über die zahlreichen Vorfälle, die die Wiederaufstellungskommission in ihrer Rolle macht, sind Beratungen im Gang. So werden die gewünschten Rahmenangaben vorbereitet. Da hier gestern heißt wird, alsdann ein besonders zu diesem Zweck eingesetzter deutscher Anwalt mit den Verbindeten über diese Angelegenheit verhandeln.

## Französische Reichsaknahme des oberösterreichischen Kohls?

**Berlin**, 15. Februar. Wie die "Deutsche Allgem. Sta." aus Salzburg hört, wird von der französischen Kommission eine Verfassung über die oberösterreichische Kohle ohne Rücksicht auf die Verhältnisse Deutschlands geplant. Es sei hingegen zu wünschen, daß innerhalb in aller Form festgestellt werden könnte, daß die Nachricht für die eine Verhinderung in Berlin noch nicht vorliege, nicht wahr. Denn wenn Deutschland die oberösterreichische Kohle entzogen werden sollte, so hätten alle Vereinbarungen um eine Erhöhung der Produktion im Industriegebiete keinen Nutzen.

## Eine neue Arbeitsaufgabe

**Augsburg**, 15. Februar. Der Präsident der Nationalversammlung Österreichs steht in einer Versammlung des Österreichischen Volksvereins einen Vortrag über die Auslieferungsfrage. Die Auslieferungsfrage charakterisiert der Präsident darin, daß ihm die Auslieferung bei der Menschenrechte erlaubt werden sollte. Die Republik und alle Parteien seien sich darunter, daß die Auslieferung unbedingt und unverzüglich in einer Zeitraum von einem Jahr vollzogen werden soll. Auch eine teilweise Erfüllung kann mit einem deutschen Namen nicht umgehen. Es bleibt sein anderer Ama, als der in der deutschen Post verschickte Briefung einer wichtigen Verbindung durch das obere deutsche Reich. Roter Arbeiter und österreichische Soldaten unter Wehrmacht habe man auch einen neuen Krieg genannt, doch auch ohne Begegnung kann die Rote hantieren. Es kann Macht genau über uns. Wie braucht durch eine geschlossene Nation, denn wenn wir Deutsche jetzt nicht eingeschlossen, verlieren man die Hoffnung auf das deutsche Volk.

## Der neue Personentarif

bestimmt, wie bereits angenommen worden war, voransichtlich eine Erhöhung um 100 Prozent! Noch sind die Verhandlungen darüber, die tatsächlich seit längerer Zeit zwischen den beteiligten Eisenbahngesellschaften schwanken, nicht abgeschlossen, aber aus dem Maß der Verhandlungen gehen sich bereits gewisse Punkte heraus, die voransichtlich in dem neuen Tarif fest verankert werden müssen. In dem gewählten Vorschlag werden vorliegenden Vorschlägen folgen. So wird man leider sich daraus gezwungen machen müssen, daß die Eichhöhe des Tarifs 100 Prozent beträgt. Die einzelnen Eisenbahngesellschaften sind sich über die Neuordnung einer Eichhöhe in diesem Umfang einig. Erst gilt es jetzt schon als zweitlich bestimmt, daß der Tarif nicht am 1. April, sondern bereits früher, das heißt, so früh als möglich, in Kraft tritt. Es gilt für das Reich, schließlich keine Einigung an verbrechen. Noch nicht prudisch ist die Szene des Zweckabsichts. Auslieferungen werden wie es über kurz oder lang erhalten. Vorläufig aber arbeiten an diesem recht schwierigen Problem noch eine Studienkommission. Eine große Reihe von technischen Maßnahmen, besonders insbesondere Umwälzungen sind notwendig, um das Auslieferungsproblem zur Erfüllung zu bringen. Es wird daher wohl noch einer größeren Reihe von Monaten bedürfen, um diese Frage zu erledigen.

## Kleine Nachrichten

**Berlin**, 15. Februar. Der Reichskanzler führt heute in Begleitung des Senats- und Arbeitsministers und des Untersuchungsgerichts Albert in das Kulturregion zu Verhandlungen über die Auslieferung der Polizei.

**Helsingfors**, 15. Februar. Der Friedensvertrag mit Sowjetrußland wurde in dritter Lesung der estnischen Nationalversammlung ratifiziert.

## Der Kampf um die Schule

**Ansbach**, Auf Veranlassung des Elternrates der 1919. Gemeinde von Ansbach fand am 2. Februar im hiesigen Stadtteil eine gut besuchte Protestversammlung gegen die ungerechte Auslösung der katholischen Schulen in Sachsen statt. Die Versammlung wurde mit einem Gottesdiensttag des katholischen Kirchenchores eingeleitet. Der Schuldirektor Wohmann und Chemnitz, früher langjähriger Lehrer an der katholischen Schule in Ansbach, beklagten mit einem Vortrag über das Thema: "Warum brauchen wir Katholiken Katholische Schulen?" Da katholische von Glaubensüberzeugung und Glaubenswürde getrennte Kinder vor der Herrn Reiter, eines Befehlshabers der Kommandogattung und der Verschämung dieser Verbindung zu überzeugen. Im ersten Teil seines Vortrags führte der Herr Reiter aus: Wie Katholiken machen katholische Schulen, 1. nur die katholische Schule kann eine naturnahe Fortbildung der katholischen Familienerziehung bieten; 2. nur die katholische Schule kann die Kinder zu dem Glaubensglaubens unserer Kirche führen, wo das Kind in den Stärken und Traditionen des Lebens Kraft und Trost findet.

Am zweiten Teile seines Vortrags führte der Herr Reiter aus: daß wir Katholiken ein Recht auf die katholischen Schulen haben, denn das erste Recht, über die Erziehung der Kinder zu bestimmen, steht den Eltern zu. Außerdem wird auch das Kind ein Recht auf die Religionslehre der Kirche, und diese zu vermittelein, ist die katholische Schule Pflicht.

Am Schlusse wies der Herr Reiter darauf hin, daß wir im Kampf um die katholischen Schulen wenig Hilfe von der Regierung zu erwarten haben. Nur Einigkeit und Ausdauer wird uns im Kampf zum Siege verhelfen. — Der Vortrag hatte seine Wirkung auf die Katholiken nicht verfehlt. Keine Begeisterung und neue Kampfesmut hat sich in unsere Herzen gesetzt. Wie werden im Verein mit den älteren Katholiken in Sachsen den uns aufgezwungenen Schullampen bis ans Ende verteidigen. Wieder die katholischen Brüder und Schwestern, in ganz Deutschland uns in unserer gerechten Sache unterstützen, damit wir bald zum Siege und dadurch auch wieder zur inneren Ruhe kommen. Am Schlusse des Versammlungs wurde auf Antrag des Herrn Pfarrers Schulz eine Liste zum Eintragen als Mitglied des katholischen Frauenbundes herumgereicht. Das Ergebnis war, daß unter bisherigen katholischen Frauenbund eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder gewann.

Reichenbach i. V. Hier steht hier Vehr Stadt Hienmann Leipzig einen Vortrag über "Konfessionelle oder weltliche Schule". In seinen Ausführungen leugnet er die Dogmen, Wunder, ja sogar Gott selber. Er leitete sich auch folgenden Satz: "Die Christen hätten Gott Nede, die Kinder in einen bestimmten Glauben einzutragen." Der Moralunterricht soll Kinder und Jugendliche sehr leicht machen, methodisch daneben spricht er über sein Werk vom Gottesdienst. Eine Reaktion, die die Einschätzung der weltlichen Schule forderte, wurde von der Mehrheit angenommen. Die kleine Minderheit widerstand mit den Anführungen des Reiters.

## Nachrichten aus Sachsen

## Der katholische Verein für Sachsen

hält seine ordentliche Generalversammlung am Vortag — Mittwoch den 25. Februar — vormittags halb 11 Uhr, im Rathaus-Gesellschaftshaus in Dresden ab. Dieser Tag ist außerordentlich wichtig auch für die Vertreter der auswärtigen Gruppen des Reichsvereins, da die Tage vor an den Werktag vertheilt. Angesichts der heutigen kulturpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedarf es wohl eines besonderen Hinweises auf die Wichtigkeit dieser Tagung. Zugleich findet die ordentliche Gesellschafterversammlung der Sagowiachdruckerei G. m. b. H. statt, bei der höchstwahrscheinlich ein Geschäftshaus gefunden wird. Um halb 1 Uhr soll für die Teilnehmer an den beiden Tagungen im Gesellschaftshaus eine gemeinsame Mittagsfeier stattfinden, damit die Verhandlungen nicht zu lange unterbrochen werden müssen und die Auswirkungen Gelegenheit haben, die Abendzüge zu benötigen. Diejenigen Teilnehmer, die an der Mittagsfeier teilnehmen wollen, werden erlaubt, dies umgehend der Geschäftsleitung Dresden-R. 16, Holzstraße 46, mitteilen zu wollen.

— Zugverkehr am Vortag. Der sächsische Bahnhof (25. Februar) gilt hinsichtlich des Personenzugverkehrs als Werktag. Der Ausfall einer entbehrlichen Alte (Arbeiter- und Berufsvorkehr) wird auf den Stationen durch Schalterantrag bekanntgemacht.

— Das Ergebnis des sächsischen Eisenbahnbetriebes 1918. Mit starker Verkürzung ist soeben der Bericht über die Betriebsstatistik des Sächsischen Eisenbahnen für 1918 erschienen. Danach belief sich die Einnahme auf 254,7 Millionen Mark oder gut 23 Millionen mehr als im Jahre 1917. Daraus ist der Betrieb und Gewinnverlust mit 18,6 Millionen Mark betont. Die Ausgaben sind aber mit 311 Millionen rund 89 Millionen Mark höher gewesen als die Einnahmen. Das Jahr 1918 hat also nicht nur keinen Überstand wie im früheren Jahre erbracht, sondern einen Aufschwung von 37,6 Prozent des gesamten Kapitalgehaltes erfordert. 1919 ist dieser Aufschwung, insbesondere, nämlich auf etwa 25 Millionen Mark gesunken.

— Verlängerung der Arbeitszeit im sächsischen Bergbau. Wie uns geweckt wird, in die vorübergehende Verlängerung der Schichtzeiten im sächsischen Bergbau um eine Stunde vorsichtig plant. Die Regierung will in Abstimmung der Bergaufsicht wirtschaftliches Leben vom Sächsischen Bergbau unter dem Nebenberuf, der natürlich zu ziehen ist, häufig ein Diagramm aufsetzen und gleichzeitig eine Aussicht für einen und Woche anstreben.

— **Plauen**, 16. Februar. Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungsstatus und im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat General Maier für das Gebiet der Amtshauptmannschaften Plauen und Auerbach, sowie der Städte Plauen, Torgau und Falkenstein folgendes verordnet: Jedes Unternehmen, Arbeitsschicht in ihrem Recht auf Verkürzung, ist es durch Wacht, Bedrohung, Bedrohung, Verunsicherung oder Androhung sonstiger Nachteile für sie und ihre Angehörigen, ist verboten. Verboten ist jedes Unternehmen, Plauen, für die Fortbildung und Aufrechterhaltung des Volkswirtschaftslebens wichtig sind, durch passiven Widerstand oder sonstwie willkürliche Zwiderhandlungen, sowie Aufforderungen und Anfeindung dazu, werden, sofern die bestehenden Schichtzeiten keine höhere Arbeitszeit erfordern, mit Gefangen, nur im Falle mildernder Umstände, mit Haft oder Geldstrafe bestraft. Streitpunkten und Verhandlungen unter freiem Himmel sind ebenfalls verboten.

## Aus Dresden

— Lebensmittelkartenbelieferung für die Stadt Dresden. Siehe "Amtliche Bekanntmachungen".

— **Hofverteilung an Pferdehalter**: Angesichts der fast unerträglich gewordenen Preise, die jetzt im freien Handel für Pferde gehoben werden, bringt das städtische Lebensmittelamt einen Vorschriften-Pflicht zur Verteilung, den es durch Verordnung des Wirtschaftswinters aus Bayern bezieht. Der Pferd wird den Verbrauchern mit 132 Mark für den Zeitraum abgeben. Beurkundigt werden nur Arbeitspferde. Wahrscheinlich kann für jedes Arbeitspferd mindestens 1/4 Rentner zugestellt werden. Wer davon Gebrauch machen will, muss seinen Bestand an Arbeitspferden mindestens bis zum 10. Februar einer bischöflichen Kontrahenzahlung schriftlich aufgeben. Befürden für die Voranmeldungen und bei den Wohlhaber- und Arbeiter-Kontrahenten zu entnehmen. Nächeres ist aus der amtlichen Bekanntmachung ersichtlich.

— **Öffentliche Versammlungen an Sonntagen**. Da den Tageszeitungen in letzter Zeit mehrfach zu öffentlichen Versammlungen an Sonn- und Feiertagen eingeladen werden, deren Beginn vor 11 Uhr vorausgesetzt wird, so wird darauf hingewiesen, daß nach § 8 des Sächsischen Gesetzes vom 10. September 1870 über die Sonn- und Feiertagsveranstaltungen erst nach beendeter Vormittagsgottesdienste, also hier 11 Uhr Vormittag, beginnen dürfen und Zuwerbungen nach § 11 des genannten Gesetzes strafbar sind. Der Rat in Dresden.

— **K**





Montag den 16. Februar 1920

## Deutsche Volkszeitung

Seite des Kindes ist zu kontern. Wir wollen — ohne jeden Zweck gegen Andersdenkende — ein positiv christliches Geschlecht heranziehen, um durch dieses den Grundzügen des Christentums ihren Platz an der Sonne, ihr Recht im öffentlichen Staats- und Bürgertum zu etablieren und zu erhalten. Und das soll uns das jüdische Volkshochschulübergangsrecht gewaltsam verbieten. Es enthält die Ansage des schärfsten Kampfes gegen jede positive Religion, vor allem gegen das Christentum; es bedeutet einen ganz unchristlichen Gewissenszwang, eine nicht zu überbietende Missachtung der naturrechtlich gesicherten Elternerchte, die Diktatur des glaubensfeindlichen Freidenkeriums auf geistig-religiösem Gebiete.

Und das soll Rechtens sein?

Der Redner ging nun eingehend auf die rechtliche Seite ein und dies nach, wie das Vorgehen des Kultusministers sowohl nach der naturrechtlichen Seite, wie mit Rücksicht auf die Reichsverfassung rechtmäßig ist.

Wir verweisen auf die eingehende Niedergabe dieses Teiles der Ausführungen in unserem Bericht über die Leipziger Protokollversammlung "Sächsische Volkszeitung" Nr. 28 vom 4. 2. 1920.

Der Redner fuhr dann fort: In einem besonderen Punkte muss uns das Verhalten des Herrn Kultusministers ganz besonders auffällig erscheinen. Die Revolutionsregierung begann, wie wir sahen, ihre Kulturkriege mit dem Verbot des Antecknamus und der Einschränkung des Religionsunterrichts laut Verordnung vom 2. 12. 1918, die in einer Verordnung des Herrn Vaters vom 20. März 1919 nochmals bestätigt wurde. Das Übergangsrecht ging noch weiter und verbot überaupt die Erteilung des Religionsunterrichts, beschränkte diese Bestimmung aber in § 18 dahin, dass sie vom 1. April 1920 ab durchzuführen und dass bis dahin der Religionsunterricht nach den früheren Verordnungen zu verfolgen sei. Art. 149 der Reichsverfassung bestimmt nun, dass der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der Behördenstreit (weltlichen) Schule ist, und zwar ist der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der bestreitenden Religionsgemeinschaften zu erzielen. Diese Bestimmung ist sofort mit Ersatz der Verfassung in Kraft getreten. Sodass entgegenstehende Landesrecht hiermit ohne weiteres gebrochen, ungültig geworden.

In den jüdischen Volksschulen ist somit nach wie vor Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach zu erzielen und auch die Verfassung vom 2. 12. 1918 ist ungültig, da sie sowohl mit dem Charakter der konfessionellen Schule als mit den Grundsätzen der katholischen und auch der evangelischen Religionsgemeinschaft in Widerpruch steht. Bis heute vermögen wir eine Klärung durch den Herrn Kultusminister. Sie wäre wohl angebracht gewesen. Über weiss Herr Dr. Seiffert nicht, wie eifrig die ihm unterstellten Bezirksschulämter durch die Verfolgung jenes niemals rechtsgültig gewesenen, auf jeden Fall durch die Verfassung aufgehobenen Verordnungen bestrebt sind? Dann möge er sich nur mal bei Herrn Stadtinspektor Dr. Seiffert in Leipzig erkundigen. Aber das Geheim hätte ich hören mögen, wenn der Herr Minister den Mut des freien Mannes gehabt hätte, eine Verfügung etwa dahin zu erlassen.

Zur Hebung von Zweifeln mache ich als verantwortlicher Beamter zur Durchführung der Reichsverfassung darauf aufmerksam, dass die Verordnungen vom 2. Dezember 1918 und 20. März 1919, sowie § 2 Abs. 2 des Übergangsrechts für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 infolge der Bestimmungen der Reichsverfassung Art. 149 und Art. 13 ungültig geworden sind."

Ich glaube, Herr Dr. Seiffert wäre die längste Zeit Kultusminister gewesen.

Nun aber muss dieses positive Verhalten mit größtem Misstrauen erfüllen. Nur Katholiken haben von Herrn Seiffert nichts zu erwarten. Nur auf uns allein und auf unser gute Recht sind wir gestellt. Und da stehen wir gut, wenn wir Männer sind, würdig unserer Kirche, würdig unserer Vorzuhren.

Der Redner ging dann auf die kramphafte, allerdings bei allen Interessenten völlig verwirrende Bemühungen des Herrn Ministers ein, die in § 174 Abs. 2 der Reichsverfassung den Ländern des geistlichen Simultanunterrichts in Aussicht gestellte bejubelte Verstärkung für Erhaltung dieses Schulsystems auch für Sachsen im Anspruch zu nehmen, und wie er sich zu diesem Zweck über katholische und rechtliche Erziehung und Zustände einfach hinzuholte, auch sein Bedenken rägt, entgegen den klaren Vorschriften der Reichsverfassung gar nicht den Erfolg des Reichsbeschulungsgesetzes abzuwarten, sondern jetzt bereits eine erlige Tatsache. Zulässig Dr. Schröderns rief dann so wie in Leipzig noch einmal dem Minister die ernste Mahnung zu, die Katholiken nicht zu verschwätzen und zu unterdrücken.

Wir freuen uns, in unserem Kampf Schulter an Schulter zu kämpfen mit unseren bekenntnisstreuen evangelischen Brüdern. Mit ihnen schenkt die religiöse Freiheit als das neuere Prinzip des Herrn Seydel, seine wässrige, primitiviale Gemeindechule, ab; wir kämpfen um die Verfassung, kämpfen um unsere konfessionelle Schule, und bereiten uns durch ehrliche Zusammenfassung und gemeinsame planmäßige Arbeit zur kommenden Abfahrtung über den unabtötlichen Charakter unserer Schule vor.

Wir lassen uns natürlich auch nicht irre machen durch das unzureichende Urteil, die katholischen konfessionellen Schulen werden nicht voll leistungsfähig sein und an die katholische Bevölkerung finanzielle Anforderungen stellen, denen sie nicht gewachsen sei. Wenn wir gemäß der Reichsverfassung durch unfreie Wissen und Nutzen die konfessionellen Schulen haben, so ist das keine Gnade, sondern unser gutes Recht; unsere Schulen sind dann genau so gewünscht wie die anderen. Und Staat und Gemeinde haben dann uns gegenüber dieselben Pflichten wie gegenüber anderen Schulen. Wir sind keine Privatschulen, die wir aus unserer eigenen Tasche bezahlen und unterhalten müssen, sondern Staat und Gemeinde haben für sie und für ihren geschiedenen Schulbetrieb in derselben Weise zu sorgen, als sie es für die katholische Simultanchule und für andere bekenntnismäßige und weltliche Schulen zu tun haben.

Mit einem Rücksicht auf die Oster, die unsere Väter für unsere katholischen Schulen Jahrhunderte lang gebracht, einem Rücksicht auf die Zukunft, die von uns großen Holzern, begeisterten Idealisten und opferwilligen Gläubigen erwartet, schloss der Redner seine Ausführungen in dem Sinne, dass der Kampf um die Seelen unserer Kinder ein des Einzigartigsten Geschlechtes führen möchte.

Ausruhender Beitrag, der minutenlang den Saal durchzitterte, dankte dem Redner für seine ausgesuchten, von tiefster Sachkenntnis zeugenden Darlegungen. Wie aber die Erziehung der Kinder zu vollwertigen Menschen nur durch einen christlichen Religionsunterricht gesicher ist, zeigte in ganz vorzüglicher Weise ein Berndseher, Herr Schuldirektor Bergmann, der aus einer mehr als 40jährigen Erfahrungshilfe heraus sprach über den

## Wert der christlichen Erziehung in den Volksschulen

Nun zwei Beispiele kreisförmig umgestellt unter deutscher Erziehungswelt: um Religionsunterricht, um Moralunterricht. Begibt mit dem Religionsunterricht; was rettet mir der Moralunterricht, so einen die einen. Keinen Moralunterricht bringt mir der Religionsunterricht, ruhen die anderen. Sicht, wie christliche Religion und Moral einander bekämpfen — Spalten die drin und verlangen hinaus mit beiden, mit Religionsunterricht und Moralunterricht aus der Volksschule!

Wo liegt in diesem Durcheinander der Wahrheit? Darüber müssen besonders Vater und Mutter Andenk. Und warum? Weil Vater und Mutter als Erzeuger ihrer Kinder die unheimlichste Erziehungsweise und Pflichten haben, die ihnen niemand völlig abnehmen kann, auch die Volksschule nicht, wie wertvolle Mitterziehung sie auch leistet. Denn die Kinder sind und bleiben Eigentum der Eltern, und dieses Eigentum steht lange den Eltern keine Macht der Erde zu rauben.

Vom Moralunterricht sei zuerst gehörchen! Weil über ihn viele Missverständnisse herrschen, auch auf christlicher Seite, so dass eine Verklärung über Gemeinsames zwischen Christen und Nichtchristen herauszuerklären wird — zum Schaden keiner.

Moralunterricht heißt zunächst Sittenunterricht, also etwas durchaus Gutes. Freilich meint unsere Zeit unter Moralunterricht

nicht einen religiösen Sittenunterricht, d. h. einen Unterricht, der für das religiöse Handeln einzigt und allein die Verantwortung als Vaterin wählt — also ohne Rücksicht auf Gott, den Vater aller Erbsassen.

Wie soll solcher religiöser Moralunterricht betrieben werden? Wie werden dem Kind beibringen, sagt ein Moralvertreter, "dass es nicht allein auf Gedenkt ist, sondern eingesetzt in die große menschliche Gemeinschaft; dass die anderen nicht selinetwegen da sind, sondern ebenso es selbst den anderen wegen da ist; dass es nicht bloß zu fordern hat, sondern auch zu geben. Bringen wir das Kind so weit, dass es sich sagt Ich arbeite nicht für mich, sondern im Dienste der Gemeinschaft, also sozial; nicht nur in meinem Leben, sondern zum allgemeinen Leben, weil das Ganze ohne diese hingebende Tüchtigkeit der einzelnen nicht bestehen könnte. Und wenn das Kind fragt: Warum soll ich das für die Gemeinschaft tun? Ich lebe doch für mein Wohl und nicht für andere. Mag doch jeder für sich selbst sorgen — so werden wir ihm den ungeheuerlichen Verdienst der Selbstlosigkeit durch Beispiele zu enthüllen suchen."

Wir geben zu, dass sich solche Lehren Kindern von 10—14 Jahren nahe bringen lassen. Nur ist die Frage, ob das Gebrachte anhält oder nicht im späteren Leben. Seit einem Jahre haben wir es erlebt und erleben es täglich bitter genug in der Notwendigkeit, in der Verlehrtheit, in der Lebensmittelnot, dass das Arbeiten für andere unterbleibt. Die geprägte Moral verträgt, nicht bloß im Kosmogonie, auf der Eisenbahn, im Geschäftsbüro, ja fast überall. Warum verträgt die Sittlichkeit? Weil die menschliche Vernunft allein nicht stark genug ist, wenn sie in Konflikt tritt mit der rücksichtslosen Selbstsucht im Menschenherzen.

Als zweiten Vorteil des Moralunterrichts nennen seine Vertreter: Der Moralunterricht geht aus von Erlebnissen, die das Kind tagtäglich sieht, hört und durchlebt in der Familie, Schule, auf der Bahn unter Geschäftsmännern und Spielgenossen — also vom Kinder selbst und nicht von schwer begreiflichen, austabularen Wahrheiten. Darum ist er fühlbar, verständlich, kindertümlich, reich an Aufführungsmöglichkeiten und darum leichter als der christliche Religionsunterricht.

Zum christlichen Religionsunterricht hört das Kind von dem Vater, dem Sohn und dem heiligen Geiste, den drei Personen, die das Kind nun eines Wetens, von Adams Sünde, die auf alle Nachkommen weitererbt, von der Erlösung durch den eingeborenen Sohn Jesus Christus, von seinem wunderbaren Heilsmittel zur Heilung aller Menschenstolz, von dem unbeschreiblichen Glück in der Ewigkeit des Jenseits — also von lauter liebenswerten Geheimnissen, die den menschlichen Verstand überzeugen und sich wenden an eine andere Kraft im Kind: an den Glauben. Damit ist der christliche Religionsunterricht den großen und schweren Schülern aus dem sichtbaren Reich der Natur in das unerfahrbare Reich der Nebernatur, aus der sinnlichen Anschauung in die über Sinnliche Erscheinlichkeit, vom Endlichen und Erhabenen zum Unendlichen und Unerschaffbaren. Damit stellt der christliche Religionsunterricht den großen und schweren Schülern aus dem sichtbaren Reich der Natur in das unerfahrbare Reich der Nebernatur, aus der sinnlichen Anschauung in die über Sinnliche Erscheinlichkeit, vom Endlichen und Erhabenen zum Unendlichen und Unerschaffbaren. Damit stellt der christliche Religionsunterricht den großen und schweren Schülern aus dem sichtbaren Reich der Natur in das unerfahrbare Reich der Nebernatur, aus der sinnlichen Anschauung in die über Sinnliche Erscheinlichkeit, vom Endlichen und Erhabenen zum Unendlichen und Unerschaffbaren.

Wir begreifen den Schmerz vieler evangelischen Christen über die Spaltung unter ihnen und die religiöse Trennung von uns, da wir doch alle in Jesus Christus gelauft Brüder sind, und wir haben Hoffnung für das Sichere und Nötige aller, aus dieser religiösen Trennung herauszukommen. Ihr Ruf nach Einheit und Einigkeit aller ergeht uns wie ein Schrei aus tiefer Seele — und hoch ist unser Wunsch: wenn unter den Brüdern desselben Volkes ein solch schneidendes Schicksal auf Einigung sei, möge Gott gnädig auch einen Weg eröffnen!

Aber das wollen wir in dieser Stunde vor dem ganzen Lande erläutern und unbeweglich festsetzen: Man lasse uns katholischen Eltern und Erziehern unserer geeinten katholischen Schulen, weil darin keine Spaltung in Glaubensüberzeugung herrscht, sondern Einheit und Einigkeit auf dem Felsen gründen. Diesen Schritt wollen wir halten bis zum letzten Atemzug!

Was ist der Nachschreiben von Versailles, ein grossenverregnetes Schriftstück, das den spätesten Menschenfeind erklären wird, von welch sittlicher Gestaltung erfordert werden, die solches ohne jeden Funken von Menschlichkeit auszubilden vermögen. Verlangt das deutsche Volk noch einen stärkeren Beweis gegen den Moralunterricht?

Es ist gesagt worden: "Die Volksschule müsse Kinder unterrichten von Evangelischen, Juden, Katholiken und Dissidenten." Wie können sie das, da diese in Religion völlig uneins seien? Nicht einmal im evangelischen Sachsen könnte man evangelische Konfessionsrichten gewähren, denn es gäbe innerhalb der evangelischen Kirche die verschiedenen Glaubensüberzeugungen." — Wie wollen diese Belastung glauben. Aber für uns Katholiken trifft sie nicht zu. Wir leben in unseren katholischen Volksschulen nur eine Glaubensüberzeugung, nämlich dieselbe, wie wir sie von dem Apostel empfangen haben und wie sie die katholische Kirche überall auf dem Erdboden lehrt und aussäat: nämlich die eine, heilige katholische, apostolische, unspaltbare, irratumfreie, wahre und beweis durch keine Macht zerstörbare Lehre Jesu Christi, des eingeborenen Sohnes Gottes.

Wir sind glücklich in dieser Glaubensüberzeugung. Wir leben sie und bemühen und damit, unsere menschlichen Schwächen zu überwinden. Wir wollen diese unerlässliche Glaubensüberzeugung als katholische, wie wir sie von dem Apostel empfangen haben und wie sie die katholische Kirche überall auf dem Erdboden lehrt und aussäat: nämlich die eine, heilige katholische, apostolische, unspaltbare, irratumfreie, wahre und beweis durch keine Macht zerstörbare Lehre Jesu Christi, des eingeborenen Sohnes Gottes.

Als katholische Eltern können wir unmöglich zuwenden, dass aus unserer Schulerziehung ein unerlässliches Seelenahrungsmittel entfernt werde, wie es unser christlich Religionsunterricht ist. Alles Bestrebungen auf Vollvollkommenheit dieses hochwichtigen und schweren Unterrichtes stimmen wir zu. Aber keine Streichung aus dem Volksschulplan ist für uns unannehmbar. Warum? Weil wir bei unserer Geschlechterung mit Hand und Herz und Mund vor Gott geschenkt bekommen haben für die christliche Erziehung unserer Kinder bis an den Tod zu sorgen. Diesen Schritt wollen wir halten bis zum letzten Atemzug!

Wir begreifen den Schmerz vieler evangelischen Christen über die Spaltung unter ihnen und die religiöse Trennung von uns, da wir doch alle in Jesus Christus gelauft Brüder sind, und wir haben Hoffnung für das Sichere und Nötige aller, aus dieser religiösen Trennung herauszukommen. Ihr Ruf nach Einheit und Einigkeit auf dem Felsen gründen. Diesen Schritt wollen wir in dieser Stunde vor dem ganzen Lande erläutern und unbeweglich festsetzen: Man lasse uns katholischen Eltern und Erziehern unserer geeinten katholischen Schulen, weil darin keine Spaltung in Glaubensüberzeugung herrscht, sondern Einheit und Einigkeit auf dem Felsen gründen. Diesen Schritt wollen wir in dieser Stunde vor dem ganzen Lande erläutern und unbeweglich festsetzen: Man lasse uns katholischen Eltern und Erziehern unserer geeinten katholischen Schulen, weil darin keine Spaltung in Glaubensüberzeugung herrscht, sondern Einheit und Einigkeit auf dem Felsen gründen.

Wie ist sich der Redner in die Herzen der Zuhörer hineingesprochen, zeigte der lebhafte, sich immer wiederholende Beitrag. In den warmen Worten sprach Herr Schuldirektor Dünnbier seinen und der Versammlung Dank aus für die begeisterten, aus einem tiefenliebenden Herzen gesprochenen Worte.

Darauf wurden folgende

## Entschließungen

verlesen.

Die im Vereinshaus zu Dresden versammelten katholischen Eltern — der katholische Vaterelternrat und familiäre katholische Sachsen, der Hauptelternrat und familiäre katholische Elternrat Dresdens, 2000 an der Zahl, fordern:

1. von den sämtlichen Regierung, dass sie durch eine Verordnung die Bestimmungen in § 2 Abs. 2, § 18 Abs. 2 Satz 3 samt den das mit Gesetz gewordenen Kultusministerial-Bestimmungen vom 2. Dezember 1918 und 20. März 1919 sowie § 2 des Übergangsrechts als durch die Reichsverfassung für erledigt erklärt und der Volksschulmeister unbedingt einen Geschäftsnachfolger vorstellen, wonach die gesuchten Bestimmungen aufgehoben werden.

Sie erwarten, dass die Regierung sich für diesen Geschäftsnachfolger mit aller Entschiedenheit entscheiden werde, denn diese Bestimmungen, gegen den Willen der Eltern und der Erziehungen verstoßen, verleihen die heiligen Elternrechte, und über dies liegt eine Gefahr für die Reichsverfassung, darin, dass die sämtliche Regierung als Hierlands verfassene Bürger über keine Erfüllung der Reichsverfassung habe. Bestimmungen des Übergangsrechts müssen nicht nur duldet, sondern sogar deren Durchführung unter Mißachtung der Elternrechte und trotz des Widerspruchs der christlichen Elternschaft zu erzwingen sucht.

2. Sie fordern den Weiterbestand der katholischen Volksschulen unter den katholischen Schulvorständen, Eltern, auch nach Einführung der allgemeinen Volksschule und Lehrern, die vom Kultusminister Dr. Seiffert vorgeschlagene Gemeinschaftsschule ab.

3. Die große katholische Elternversammlung in Dresden am 15. Februar 1920 spricht dem katholischen Schulvorstand an, zu Dresden für sein männliches Wirken am besten katholischen Volksschulen den wärmsten Dank aus und verschreibt ihm ihre treuesten Gefühle.

4. Von dem soeben eingesetzten katholischen Schulvorstand an die christlichen Eltern beider Konfessionen, sich ihre Rechte auf Schulen ihres Bekanntschafts nicht rauben zu lassen, erlässt für die katholischen Elternrechte durch ihren katholischen Vaterelternrat bereit, vereint mit den evangelischen Christen für den Weiterbestand der katholischen Volksschulen den wärmsten Dank aus und verschreibt ihm ihre treuesten Gefühle.

Die Entschließungen fanden einstimmige Annahme. Da freudiges Schauspiel bittet der Vorstand, die Grußworte mit Klang und Lautstärke zu hören, bis zum Sieg. Die Lösung soll Siegen oder fallen. Wenn wir aber gefeiert, dann wollen wir freudigen Augen auf unsere Jugend blenden und uns tragen mit der freudigen Gewissheit, dass wir auch dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen haben.

Mit dem gemeinsamen Gruß: "Großer Gott, wie leben dich" sandt die erhebend verlaufene Versammlung ihren Abschluss.

## Literatur

Literarischer Handweiser. Begründet von Franz Höhmann und Hermann Rümig. Herausgegeben von Dr. Gustav Neidels. Herder'sche Verlagsbuchhandlung zu Freiburg i. Br. 1920. Jahrgang 12 Nummern 12 M. Durch alle Nachhandlungen und Sonderblätter beziehbar. Der Literarische Handweiser tritt seitdem 1920. Jahrgang an. Wir berücksichtigen dieses gebildeten literarischen Werke durch entsprechende Katholiken auf herzliche zu Beginn jedes neuen Bandes durch die Gebiete literarischen Schaffens. Das Programm dieser Zeitschrift darf für katholische Gebilde jedes Verlustes und Geschlechtes als geradezu vorbildlich bezeichnet werden, ist in ihm doch eine geistig hochstehende, von einer großen Schar hervoerzeugende Mitarbeiter unterstützte Orientierung nicht nur ausgedroschen, sondern zum Ausgangspunkt für eine überaus leidenschaftliche Belebung geworden. Der Jahrgang 1920, von dem ein Heft bereits erschienen ist, handelt sich durch einen prinzipiell starken, aber durchaus unbefangenen Ueberblick über die Erscheinungen auf allen Gebieten des Wissens und Werdens wiederholend und zeigt ein deutliches Bestreben, gerade in die trübselige Gegenwart mit dem Lichte sensibilisierten und überlegten Geistes zu leuchten.